

## Im Sprint zu disruptiven Innovationen

Mit der „Agentur für Sprunginnovationen“ (SprinD) sollen neue Technologien möglichst schnell vermarktet werden

Von **Manfred Ronzheimer**

In der Innovationspolitik hat die Bundesregierung eine Hängepartie beendet und den Sprung ins Unbekannte gewagt. In dieser Woche wurde von den beiden zuständigen Bundesministerien für Forschung und Wirtschaft die Gründungskommission für die seit einem Jahr geplante „Agentur für Sprunginnovationen“ eingesetzt, die künftig unter dem bemüht witzigen Kürzel „SprinD“ (Sprunginnovationen Deutschland) auftreten. Die zwölf Experten kamen am Dienstag zu ihrer konstituierenden Sitzung im Berliner Ministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zusammen.

Hauptaufgabe der Kommission ist es, an der Suche für die Geschäftsführung für die Agentur und der Entscheidung über ihren Standort mitzuwirken. Die Gründung der Agentur wurde jetzt für die Jahresmitte 2019 angekündigt. Die Einrichtung der Gründungskommission sei dafür ein „entscheidender Baustein“, erklärte Bundesforschungsministerin Anja Karliczek. „Wir holen Expertinnen und Experten aus Innovation, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zu uns an den Tisch.“ Gemeinsam werde man „daran arbeiten, in Deutschland Ideen mit Sprunginnovationspotenzial erfolgreich in den Markt zu bringen“.

Zum Vorsitzenden der Kommission wurde der bisherige Leiter der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), Dietmar Harhoff, benannt, der sich wiederholt für neue Wege zur Förderung von „disruptiven Innovationen“ ausgesprochen hat. Im Hauptberuf ist der Wirtschaftswissenschaftler einer von drei Direktoren am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb in München. Über die Ernennung freute sich Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier: „Nachdem Professor Harhoff zwölf Jahre lang den Vorsitz der Expertenkommission Forschung und Entwicklung innehatte, ist er wie kaum ein anderer im deutschen Innovationssystem zu Hause“, erklärte Altmaier. „Mit seiner Erfahrung wird er die Agentur von Anfang an auf das richtige Gleis setzen.“

Die weiteren Mitglieder der Gründungskommission kommen aus den Bereichen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Für die akademische Forschung sitzen die Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt/Main, Birgitta Wolff, und Achim Kampfer von der RWTH Aachen – mit seinem Elektrotransporter „Streetscooter“ selbst erfolgreicher Innovator – mit am Tisch. Stark vertreten ist mit sieben Experten die Wirtschaftsseite, die von Großunternehmen wie Telefónica Germany über Finanzierungsgesellschaften wie Alubi Capital GmbH bis hin zu „Hidden Champions“ und Start-ups reichen (CureVac AG, ProGlove, innosabi GmbH). Die Politik wird von zwei Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien vertreten – Stefan Kaufmann, CDU, und Manja Schüle, SPD –, was der Opposition nicht gefallen hat. „Wir hätten dabei gerne mitgeholfen, wurden allerdings als Opposition nicht eingeladen“, äußerte sich Anna Christmann, Sprecherin für Innovations- und Technologiepolitik der grünen Bundestagsfraktion. „Von einer echten Beteiligung des gesamten Bundestags kann also keine Rede sein.“

Zentrale Wegmarken für die SpringD-Agentur hatte die EFI-Kommission bereits in ihrem jüngsten Gutachten für die Bundesregierung Ende Februar formuliert. „Wesentliche Erfolgsfaktoren der neu gegründeten Agentur werden die Unabhängigkeit der Organisation und die Gewinnung unternehmerisch orientierter, technisch und wissenschaftlich hoch qualifizierter Persönlichkeiten für Leitungsfunktionen sein“, heißt es dort. Das Scheitern von Projekten müsse von vorne herein einkalkuliert und dürfe nicht zu früh als Misserfolg interpretiert werden. Es brauche Zeit und eine genügend große Zahl an Projekten. Gemessen an diesen Anforderungen sei das für die Agentur „eingelagerte Budget bisher zu knapp ausgelegt“, monierten die EFI-Gutachter.

Als Budget für die zivile SprinD-Agentur hat die Bundesregierung in der Anlaufphase 2019 bis 2022 bislang 151 Millionen Euro eingeplant. Für eine zehnjährige Laufzeit ab 2019 rechnet sie mit einem zusätzlichen Mittelbedarf von einer Milliarde Euro. Für eine zweite Innovationsagentur für Cybersicherheit, die von den Ministerien für Verteidigung und Inneres verantwortet wird, stellt der Bund bis 2022 rund 215 Millionen Euro zur Verfügung.

# Das Ende der akademischen Autonomie

Die rund 5.000 Mitarbeiter der Ungarischen Akademie der Wissenschaften fürchten um ihre Jobs. Viktor Orbán versucht die Institution unter seine Kontrolle zu bekommen



Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften demonstrieren gegen die Umstrukturierung der Forschungsinstitution  
Foto: Tamas Kaszas/reuters

Aus Budapest **Anna Frenyo**

Das Forschungszentrum der Humanwissenschaften ist in einem imposanten, neuen Bürohaus im neunten Bezirk von Budapest untergebracht. Es ist gerade Mittagspause an diesem frühen Märztag, junge Forscher rauchen vor dem Eingang, andere schließen ihre Fahrräder an und eilen zur Kantine. Auch der schlanke, weißhaarige Politologe mit dem grauen Bart, Zoltán Gábor Szűcs, stellt sich dort in die Schlange an.

Er ist erst 40, wirkt aber deutlich älter, denn seit Anfang Januar schläft er kaum noch. Er arbeitet nämlich für eine der fünfzehn Forschungseinrichtungen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, die seit Januar unter Berufung auf eine geplante Umstrukturierung keine Fördergelder mehr bekommen. Seitdem ist der sonst schüchterne Zoltán Sprecher der Facebook-Gruppe der akademischen Mitarbeiter: ein Forum von Hunderten Akademikern, die um ihre Zukunft bangen und auf ihre Lage aufmerksam machen wollen.

Szűcs bestellt sich eine Suppe und einen riesigen Nachtisch mit viel Schokolade und Schlagahne und stellt kopfschüttelnd fest, dass er ständig Süßigkeiten essen muss, seitdem der Stress mit der Akademie angefangen hat. Ihn bekümmert einiges: Er hat einen dreijährigen Sohn,

zahlt eine Wohnungshypothek ab und hat außer seiner Forschungstätigkeit keinen anderen Job. Wie lange er diesen noch hat, ist zurzeit völlig ungewiss.

Ähnlich geht es den rund 5.000 Mitarbeitern, die zum Forschungsnetzwerk aus fast allen wissenschaftlichen Bereichen gehören. Ihrem Präsidium wurde im Juni 2018 mitgeteilt, dass etwa 70 Prozent des jährlichen Budgets, rund 90 Milli-

Mit solch einer Unsicherheit kann keine Forschung langfristig geplant werden

onen Euro, dem neuen „Innovations- und Technologieministerium“ unterstellt werden. Künftig soll also Viktor Orbáns treuer Technologieminister László Palkovics bestimmen, wie die Fördergelder verteilt werden – für Szűcs ist dies das Ende der akademischen Autonomie.

Der Grund der jetzigen Umstrukturierung könnte mit dem Ende der aktuellen EU Subventionsperiode zusammenhängen. In der nächsten Subventionsperiode ab 2021 soll die EU vor allem Forschung und Innovation fördern. Um diese Gelder neu verteilen zu können, baut die Regierung ein eigenes Netz regie-

rungstreuer Denkfabriken und Forschungsinstitutionen aus.

Die geplante Umstrukturierung ähnelt einer Machtdemonstration, deren Details allerdings undurchdacht sind und zu absurden Situationen führen. In einem der betroffenen Forschungszentren befindet sich ein Versuchskernkraftwerk, das seit Januar auch keine Betriebskosten wie für Elektrizität oder Sicherheitsvorkehrungen bekomme, erzählt Szűcs. Bis Ende März soll das Forschungszentrum sich nun erstmals um diese Finanzierung bewerben.

Auch Literaturforscherin Sarolta Deczki gehört zum „Forum der Akademischen Mitarbeiter“ und ist bei Facebook sehr aktiv. Die 42-jährige Forscherin mit einem Dokortitel in Philosophie trägt ein kariertes Hemd und Leggings und redet unverblümt. Dreizehn Jahre ihres Lebens habe sie in die Forschung investiert und verdiene, wie Szűcs, bescheidene 570 Euro. Von diesem Geld könne man keine Reserven für Rente, Krankheiten oder gegen existentielle Unsicherheit bilden, fügt sie entnervt hinzu. „Viele Akademiker sehen sich jetzt gezwungen, verzweifelt nach einem anderen Job zu suchen.“

Viktor Orbán hat bereits seinen Herrschaftsanspruch auf Bereiche wie Kultur, Theater, Universitäten und Medien ausgedehnt und unter seine Kontrolle gebracht. Da fehlt ihm

noch eine der letzten Bastionen demokratischen Widerstands, die größte Wissenschaftseinrichtung des Landes, die Ungarische Akademie der Wissenschaften.

Das Facebook-Forum organisierte Mitte Februar als Mahnruf eine Menschenkette rund um die Akademie. Auch Zoltán Gábor Szűcs und Sarolta Deczki waren dabei, letztere wurde in den Nachrichten zitiert: „Ich sage seit Jahren, wenn es so weitergeht, werde ich eines Tages in Berlin kellnern!“

Und das ist gar nicht so weit hergeholt, denn Wissenschaftlerinnen, die sich wie Deczki mit feministischer Literatur beschäftigen sind der rechtskonservativen Regierung ein Dorn im Auge. Zeitgleich mit der Neuaufteilung des Akademie-Budgets veröffentlichte die regierungsnahen Zeitschrift *Figyelő* eine schwarze Liste mit Namen von Forschern, die zu Themen wie Rechte von Homosexuellen, Einwanderung oder Gender publizieren.

„Wer traditionelle patriarchale Rollen infrage stellt, gilt als Feind der Familie und Feind der Ungarn“, beteuert Deczki. „Dass wir die wichtige Frage der Rolle der Frau in der literarischen Kanonbildung untersuchen, das passt nicht ins Regierungskonzept, laut dem die Frau in die Küche gehört.“

Ob die Ungarische Akademie der Wissenschaften und ihr Forschungsnetzwerk den ideologischen Kampf und die Zentralisierungswelle überleben, oder der schleichenden Umstellung der Finanzstruktur zum Opfer fallen, bleibt vorerst offen. Fest steht: Mit solch einer Unsicherheit kann keine Forschung langfristig geplant werden und erfolgreich sein. In einem offenen Schreiben warnen die Mitarbeiter des Netzwerks Anfang Februar, ihr Problem sei von europäischer Bedeutung. Zum ersten Mal könnte ein EU-Mitgliedstaat offen das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit verletzen.

Auch deutsche Forschungsorganisationen unterstützen das Anliegen der Akademie mit Solidaritätsbekundungen. Ulf Brunnbauer, Direktor des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg (IOS) befürchtet in einer Stellungnahme, dass es im Sinne der von Orbán gepredigten „illiberalen Demokratie“ nicht um eine Reform der Akademie gehe, sondern um die Unterbindung unabhängiger Forschung. „Es ist eine traurige Ironie, dass eine rechtskonservative Regierung zu dem Wissenschaftsmodell des Stalinismus zurückkehren will.“

Das Präsidium der Akademie leistete bis Anfang März konsequent Widerstand und forderte eine Förderungsgarantie für alle Forschungseinrichtungen. Dennoch: Laut einer dubiosen Vereinbarung zwischen Technologieminister Palkovics und László Lovász, dem Präsidenten der Ungarischen Akademie der Wissenschaften vom 8. März ist zu befürchten, dass diese zu einem ungünstigen Kompromiss gezwungen werden wird. Für Szűcs, Deczki und die anderen jungen Forscher bleiben die Nächte jedenfalls erst einmal sehr unruhig.

Protest vor dem Hauptsitz der 1825 gegründeten Wissenschaftsakademie in Budapest  
Foto: Tamas Kaszas/reuters

